

## Urteil gegen Protestlager

Frankfurt, 15. Mai. Ein Moskauer Gericht hat am Dienstag die Behörden der russischen Hauptstadt zur Räumung des Protestlagers der Opposition in der Innenstadt verpflichtet. Das Gericht entschied angeblich auf Klagen von zwölf Anwohnern aus der Umgebung des Lagers, die sich durch die seit acht Tagen währende Dauerkundgebung belästigt fühlten. Noch am Montag hatte die Stadtverwaltung mitgeteilt, eine Räumung des Lagers sei nicht geplant. Unterdessen nahm das russische Parlament mit der Mehrheit der Kremlpartei Einiges Russland eine Erklärung an, in der gefordert wird, die Beteiligten und Organisatoren der „Unruhen“ am 6. Mai zur strafrechtlichen Verantwortung zu ziehen. Bei einer genehmigten Kundgebung mit mehreren zehntausend Teilnehmern am Tag vor der Amtseinführung von Präsident Putin war es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften gekommen, als ein massives Polizeiaufgebot den Weitemarsch des Demonstrationszugs kurz vor Erreichen des Kundgebungsortes behinderte. Als Reaktion auf die Vorkommnisse vom 6. Mai berät die Duma derzeit zudem über eine deutliche Verschärfung des Demonstrationsrechts.

## Tschechischer Politiker verhaftet

Wien, 15. Mai. Die tschechische Polizei hat einen der prominentesten sozialdemokratischen Politiker des Landes festgenommen: David Rath, Kreishauptmann von Mittelböhmen, Spitzenkandidat seiner Partei für die Regionalwahlen im Herbst, Parlamentsabgeordneter und ehemaliger Gesundheitsminister der Regierung von Ministerpräsident Paroubek. Gegen ihn und weitere sieben Personen, die sich ebenfalls in Haft befinden, hat die Staatsanwaltschaft Aussig Anklage erhoben. Rath steht unter dem Verdacht der Korruption, des Amtsmissbrauchs bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und der Veruntreuung von EU-Geldern.

Rath wurde schon am Montag festgenommen, bekannt wurde das aber erst am Dienstag. Die mit dem Fall betraute Staatsanwältin Lenka Bradáčová gab bekannt, dass Rath von der Polizei auf frischer Tat ertappt worden sei. Laut tschechischen Medien soll er gerade mehrere Millionen Kronen an Bestechungsgeldern entgegengenommen haben. Für ein solches Delikt drohe ihm eine Haftstrafe von bis zu zwölf Jahren. Parlamentspräsident Milošlava Němcová erteilte der Polizei noch am Montagabend die für solche Fälle von der Verfassung vorgeschriebene Genehmigung zur Überführung des Abgeordneten in Untersuchungshaft. Raths Immunität muss jedoch noch von der Abgeordnetenkammer aufgehoben werden.

Im Zentrum der Ermittlungen stehen die Vorgänge bei der aufwendigen, von der EU subventionierten Sanierung des Spitals der unweit von Prag gelegenen Stadt Kladno. Für die vor fünf Jahren begonnenen Arbeiten seien angeblich weit überhöhte Preise gezahlt worden. Unter anderem wurde für umgerechnet rund 60 Millionen Euro eine Abteilung für Akut- und Notfallmedizin eingerichtet. Über die Direktorin des Spitals, Kateřina Pancová, wurde Untersuchungshaft verhängt. Festgenommen wurde auch ein enger Mitarbeiter Raths, der frühere Abgeordnete Petr Kott von der konservativen ODS. Er war aus dieser Partei ausgeschlossen worden, weil er bei einer wichtigen Abstimmung über die Reform der öffentlichen Finanzen zu betrunken gewesen war, um seine Stimme abzugeben.

Rath weist alle Vorwürfe zurück und wirft der Staatsanwaltschaft vor, ihn aus politischen Gründen zu verfolgen. Seine Sprecherin gab an, er überlege, seine Ämter abzugeben, um den Sozialdemokraten bei den Regionalwahlen nicht zu schaden. Bisher führte die sozialdemokratische ČSSD in allen Umfragen weit vor den Parteien der konservativen Regierungskoalition. Der ČSSD-Vorsitzende Bohuslav Sobotka sagte, er habe den Polizeipräsidenten und den Innenminister gebeten, die Verhaftung Raths zu erklären. Er wolle nicht hoffen, dass damit der regionale Wahlkampf eröffnet werden sei. Gleichwohl gehe er davon aus, dass die Polizei den Fall ausreichend dokumentieren könne.

Der 47 Jahre alte Rath, von Beruf Internist, ist in der ČSSD umstritten. Das liegt einerseits an seinem ungewöhnlich aggressiven und arroganten Auftreten, das Wähler abschreckt, andererseits an der Verquickung politischer mit privaten Interessen. Rath begann seine Karriere nach der Wende in der ODS, wechselte dann zu den mittlerweile untergegangenen Freien Demokraten (SD) und landete schließlich bei den Sozialdemokraten. Einen Namen machte er sich als Sprecher der von ihm gegründeten Ärztegewerkschaft, die in den neunziger Jahren zahlreiche Streiks gegen Reformen im Gesundheitswesen anzettelte. Zur selben Zeit war er Präsident der tschechischen Ärztekammer und beteiligte sich an einer privaten Klinik. 2005 holte ihn der sozialdemokratische Ministerpräsident Jiří Paroubek als Gesundheitsminister in sein Kabinett.



Letzter Versuch: Präsident Papoulias und die Parteiführer – links die drei Regierungswilligen, rechts die beiden Verweigerer Foto dpa

## Die Protokolle des Scheiterns

Griechens Präsident legt offen, wie es zur Neuwahl kam / Von Michael Martens

ISTANBUL, 15. Mai. Zuerst sprach Panos Kammenos, der Vorsitzende der erst in diesem Jahr gegründeten Partei „Unabhängige Griechen“. Nachdem das Scheitern eines letzten Vermittlungsversuchs von Staatspräsident Karolos Papoulias zur Regierungsbildung offiziell geworden war, sagte der Chef der neuen Partei, eine Koalitionsvereinbarung sei nicht möglich gewesen, weil die beiden bisherigen Regierungsparteien Pasok und Nea Dimokratia darauf bestanden hätten, weiterhin Griechenlands Gläubigern statt dem Lande zu dienen. Bei der nächsten Parlamentswahl müssten die Griechen daher entscheiden, ob sie weiterhin unter den Drohungen „von Merkel und den Banken“ leben wollten.

Damit hatte Kammenos das Motto vorgegeben, unter dem die griechische Parlamentswahl im Juni stehen wird: Es geht um Griechenlands Verbleib in der Eurozone, also um genau die Frage, die der frühere Ministerpräsident Giorgios Papandreou seinem Volk schon im November hatte stellen sollen, als er sich, bedrängt von einer damals geschlossenen gegen ihn anstürmenden Opposition und Auflösungserscheinungen in der eigenen Fraktion, Sorgen um die Durchsetzbarkeit des Reformprogramms machte. Es wird um die Frage gehen, auf die alle Befürworter eines griechischen Verbleibs in der Euro-

zone eigentlich schon die vergangene Parlamentswahl hätten zuspitzen müssen: Ein demokratisch herbeigeführtes Aus für den Euro als Währung Griechenlands scheint in greifbarer Nähe gerückt.

Immerhin werden die Griechen ziemlich genau beurteilen können, wem sie die mögliche Wiedereinführung der Drachme zu verdanken hätten. Auf dem offiziellen Foto, das vor Beginn der letzten Vermittlungsrunde gemacht wurde, sind elf Personen zu sehen: Am Kopfende des Verhandlungstisches Staatspräsident Papoulias, links neben ihm die potentiellen Koalitionäre Antonias Samaras (Nea Dimokratia), Evangelos Venizelos (Pasok) und Fotis Kovelis (Demokratische Linke), rechts neben ihm Alexis Tsipras vom Bündnis der radikalen Linken sowie Panos Kammenos. Beide hatten sich unwillig gezeigt, in irgendeiner Form eine Regierung zu unterstützen, die das Sparprogramm fortführt. Die entscheidenden Personen auf dem Bild sind aber nicht die Parteiführer, von denen schon vor Beginn des Treffens feststand, dass sie sich nicht würden einigen können. Die Dankbarkeit der griechischen Öffentlichkeit dürfte eher den fünf ihr namentlich nicht bekannten Damen gelten, die im Hintergrund des Bildes zu erkennen sind. Sie schrieben die Gespräche mit – und weil im Präsidialamt die höchst ungewöhnli-

che Entscheidung getroffen wurde, die Arbeit des stenografischen Quintetts zu veröffentlichen, wissen die Griechen nun nicht nur dass, sondern auch wie der letzte Versuch scheiterte, dem Lande vorgezogene Wahlen mit unabsehbaren Konsequenzen zu ersparen.

Schon am Dienstagnachmittag zeichnete sich ab, dass die Protokolle eine zentrale Rolle im Wahlkampf spielen würden. Pasok-Chef Venizelos sagte, das Land sehe Wahlen unter „extrem ungünstigen Umständen“ entgegen, „weil einige Parteichefs kaltblütig ihre eigenen Interessen und die ihrer Parteien über die des Landes gestellt haben“. Er forderte alle Griechen auf, sich die Protokolle genau durchzulesen, um sich ein eigenes Bild vom Verhalten der Beteiligten zu machen. Dass mit dem „kaltblütigen Parteichef“ der bis zuletzt eine Koalition verweigende Alexis Tsipras gemeint war, musste Venizelos nicht eigens betonen. Bemerkenswert auch, dass Antonias Samaras offenbar nahezu um eine Einigung flehte. „Jeder von uns muss Konzessionen machen. Das griechische Volk hat uns ein Mandat gegeben, zusammenzuarbeiten“, sagte er laut Protokoll, das damit für Mit- und Nachwelt auch die späte Einsicht eines Politikers dokumentiert, der noch bis zum Oktober 2011 selbst ein demagogisch auftretender Gegner des Sparprogramms gewesen war.

## Ein nicht mehr ganz so ernster Ernstfall

Das politische Spiel zwischen Griechenland und den übrigen Euro-Ländern hat sich geändert: Inzwischen halten alle ein Überleben des Euros ohne Athen für möglich.

Von Nikolas Busse

BRÜSSEL, 15. Mai. Die Botschaft, die führende Politiker der EU in den vergangenen Tagen nach Griechenland geschickt haben, lautet ins Reine geschrieben so: Keiner will, dass ihr die Eurozone verlasst, aber wenn ihr nicht mehr sparen wollt, dann seid ihr draußen. Natürlich hat das keiner so unverblümt gesagt, denn in der EU pflegt man stets einen diplomatischen Umgangston. Aber fast alle öffentlichen Wortmeldungen, von allem die aus der Bundesregierung, zielten darauf ab, den widerspenstigen griechischen Parteien klarzumachen, dass eine grundlegende Überarbeitung des Reform- und Sparprogramms nicht in Frage komme. Außenminister Westerwelle sprach offen davon, dass es kein europäisches Geld mehr gebe, sollten die vereinbarten Reformen in Athen nicht fortgeführt werden. Was das in letzter Konsequenz bedeutet, dürfte allen Beteiligten klar sein: Staatsbankrott und Austritt des Landes aus dem Euro.

In der nun schon zweieinhalb Jahre währenden Geschichte der Eurokrise ist das eine bemerkenswerte Wende. Den Milliardenhilfen für Griechenland (und später für Irland und Portugal) lag bisher nicht nur der Solidaritätsgedanke zugrunde, sondern auch die Furcht vor einem Dominoeffekt. Selbst die Pleite eines kleinen und für die Gesamtwirtschaft der EU unbedeutenden Landes wie Griechenland könnte dazu führen, so lautete die Befürchtung, dass ein Eurostaat nach dem

anderen das Vertrauen der Märkte verlieren würde. Die Liste der potentiellen, weil stark verschuldeten Opfer ist lang: Neben Portugal und Irland sind das Spanien, Italien, Belgien, Slowenien und womöglich sogar Frankreich.

Der Bundeskanzlerin und viele andere europäischen Politikern erschien das ein unvermeidbar hohes Risiko, denn sie vermuteten, dass eine Serie von Austritten aus dem Euro nicht nur gewaltige finanzielle Folgen für Europas Banken und Wirtschaft haben würde, sondern auch die politischen Grundfesten der EU erschüttern würde. In einer Gemeinschaft, die ihre Währung nicht beisammen halten kann, würde wohl bald auch der Wille zur Zusammenarbeit auf anderen Gebieten erlahmen, lautete die Sorge – vom Binnenmarkt bis zur Außenpolitik. Angela Merkels Diktum, dass Europa scheitert, wenn der Euro scheitert, fasste diese Überlegungen in eine knappe Formel.

Diese Einschätzung scheint sich nun aber in einem entscheidenden Punkt geändert zu haben. Der EU-Währungskommissar Olli Rehn, der eigentlich für seine vorsichtigen Äußerungen bekannt ist, beschrieb die neue Lage unverblümt mit diesen Worten: „Es wäre viel schlimmer für Griechenland und die griechischen Bürger, besonders die weniger wohlhabenden griechischen Bürger, wenn Griechenland den Euro verlässt als für Europa als solches. Europa würde auch leiden, aber Griechenland würde mehr leiden.“ Rehns Äußerung steht stellvertretend dafür, dass sich aus der Sicht vieler EU-Verantwortlicher die potentielle Schadenskalkulation für den Fall eines griechischen Austritts verändert hat.

In Brüssel und Berlin ist die Rede davon, dass die Eurozone heute nicht mehr so verwundbar sei wie in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers in Amerika. Als die Griechen 2010 zum ersten Mal um Hilfe bit-

ten mussten, gab es keinen europäischen Rettungsmechanismus und kaum Reformen in den anderen Ländern. Heute gibt es den Hilfsfonds EFSF, der demnächst durch den ESM ergänzt und abgelöst wird, und jedes Euroland hat mit der Konsolidierung der Haushalte begonnen. Ein Austritt Griechenlands, so das neue Kalkül, würde die Steuerzahler in den verbleibenden 16 Euroländern zwar viele Milliarden kosten und wäre alles andere als ungefährlich. Das Risiko eines gewaltigen Dominoeffekts gilt aber als geringer, schließlich wüssten die Märkte ja, dass die anderen Länder durch die „Brandmauern“ EFSF und ESM geschützt seien und die Privatgläubiger hätten einen Großteil der griechischen Schulden schon abgeschieden. Mancher glaubt sogar, dass ein griechischer Bankrott Länder wie Spanien, Italien oder Portugal zu noch größeren Reformen anspornen würde, um den Märkten deutlich zu machen, dass sie in eine andere Kategorie von Eurostaaten gehören als die sparunwilligen Griechen.

Ob diese Rechnung im Ernstfall aufgehen würde, kann niemand verlässlich sagen. Aber die in Athen immer noch weitverbreitete Annahme, dass die anderen Euro-Länder von Griechenland letztlich abhängig seien, trifft nicht mehr so vollständig zu wie noch vor ein oder zwei Jahren. Das begrenzt das griechische Erpressungspotential, auf das nicht zuletzt der Führer des linksradikalen Bündnisses Syriza Alexis Tsipras so unverhohlen setzt. Wahrscheinlich erhält die griechische Elite nun auch die Quittung dafür, dass sie die anderen Euro-Länder in den vergangenen Jahren immer wieder mit gebrochenen Versprechen konfrontiert hat. Schon unter Finanzminister Venizelos war in Brüssel das Vertrauen der anderen Mitgliedstaaten in griechische Zusagen verloren gegangen. „Die Bereitschaft zu Zugeständnissen ist sehr übersichtlich“, sagt ein Beamter.

terdessen am Dienstag die Prüfung des Hafturteils gegen Julija Timoschenko verschoben. Das „Höhere Fachgericht der Ukraine für Zivil- und Strafsachen“ hatte in letzter Instanz das im Oktober ergangene Urteil prüfen sollen, durch welches Frau Timoschenko wegen angeblichen Amtsmissbrauchs in ihrer Zeit als Ministerpräsidentin bis 2010 zu sieben Jahren Lagerhaft verurteilt wurde. Die Kammer beschloss aber auf Antrag der Staatsanwaltschaft, die Verhandlung auf den 26. Juni zu verschieben. Die Staatsanwälte hatten darauf hingewiesen, dass Frau Timoschenko nicht verhandlungsfähig sei.

## EU-Einsatzkräfte beschießen somalische Piraten an Land

„Keine Somalier zu Schaden gekommen“

BRÜSSEL, 15. Mai. Die EU hat am Dienstag zum ersten Mal somalische Seeräuber an Land angegriffen. Die EU-Mission „Atalanta“ teilte mit, dass sie mit Hubschraubern „Piratenrüstung“ am Strand des afrikanischen Landes zerstört habe. Auch wenn die Operation noch ausgewertet werde, so zeige die Beobachtung des Zielgebiets, dass keine Somalier zu Schaden gekommen seien. Die Einsatzkräfte der EU seien nach Beendigung der Mission unverehrt auf ihre Kriegsschiffe zurückgekehrt. Kein Soldat habe somalischen Boden betreten. Die Bundeswehr war nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Berlin nicht direkt beteiligt.

Der Kommandeur der Atalanta-Mission, der britische Konteradmiral Duncan Potts teilte mit, Ziel des Einsatzes sei gewesen, den Piraten die Möglichkeit zu nehmen, auf See zu gelangen und dort Handelsschiffe anzugreifen. Den ortsansässigen Somalieren und den Fischern, die selbst unter der Piraterie litten, versichere er, dass nur „bekannte Piratenvorräte“ angegriffen worden seien, was die EU auch in der Zukunft so halten werde. Die Mitgliedstaaten hatten der Mission Atalanta Ende März gestattet, die Pira-

ten an Land anzugreifen, um ihre Versorgung zu stören. Nach langen Debatten hatte dieser Mandatserweiterung in der vergangenen Woche auch der Bundestag zugestimmt.

Die Angriffe am Dienstag fanden in der Region Galmudug statt, einer Gegend in der Mitte des Landes zwischen Puntland, das sich abgespalten hat, und den Gebieten, die von der Übergangsregierung kontrolliert werden. Zerstört wurden mehrere offene Schnellboote mit Außenbordmotor, sogenannte Skiffs, mit denen die Piraten zu ihren Überfällen auf Handelsschiffe fahren. Welche EU-Länder an der Offensive beteiligt waren, wollte die EU nicht bekanntgeben. Neben Deutschland sind derzeit Frankreich, Spanien, Portugal, die Niederlande und Italien mit Kriegsschiffen an der Atalanta-Operation beteiligt. Luxemburg stellt ein Überwachungsflugzeug. Derzeit werden noch etwa 200 Seeleute von somalischen Piraten in Geiselhaft gehalten. Sie operieren bis zu 1750 Meilen weit von der Küste entfernt, weshalb es nach Ansicht der Kommandeure wichtig ist, sie daran zu hindern, überhaupt in See zu stechen.

## EU lobt ihre Nachbarschaftspolitik

Ashton zufrieden über Unterstützung der Reformprozesse

BRÜSSEL, 15. Mai. Eineinhalb Jahre nach Beginn der Umbrüche in der arabischen Welt hat sich die EU zufrieden mit ihrer Unterstützung für die dortigen Reformprozesse gezeigt. In einer Bilanz wies die Außenbeauftragte Ashton und der für die Nachbarschaftspolitik zuständige Kommissar Füle darauf hin, dass die EU für den Zeitraum 2011 bis 2013 eine Milliarde Euro zusätzlich für ihre Nachbarländer im Süden, aber auch im Osten zur Verfügung gestellt habe. Außerdem könne die Europäische Investitionsbank 1,15 Milliarden Euro an zusätzlichen Krediten vergeben.

Frau Ashton und Füle hoben hervor, dass insbesondere auf den neuen Grundsatz „mehr für mehr“ geachtet wurde. Darunter versteht die EU seit einer Reform ihrer Nachbarschaftspolitik vor einem Jahr, dass Länder, die mehr Willen zu Reformen und Demokratie zeigen als andere, auch mehr Hilfe bekommen. Diese Neuorientierung war eine direkte Reaktion auf die Arabellion. Ein Profiteur davon ist Tunesien, wo der Aufstand gegen die arabischen Despoten begonnen hatte. Die EU hat ihre Finanzhilfen für das nordafrikanische Land 2011 von 80 auf 160 Millionen Euro verdoppelt. In Ägypten hat die Zivilgesellschaft 20 Millionen Euro erhalten, der größte Betrag, den die EU je an nichtstaatliche Akteure vergeben hat.

Ländern, die Rückschritte auf dem Weg zu Rechtmäßigkeit und Demokratie verzeichneten, wurden dagegen nach dem Prinzip „weniger für weniger“ die Zuwendungen gekürzt. Frau Ashton zählte dazu Syrien, gegen dessen Führung die EU inzwischen 15 Sanktionsrunden verhängt hat, sowie Weißrussland.



Catherine Ashton Foto dpa

## Personalien

### Kardinal Vlk 80

Sechs der acht Jahrzehnte seines Lebens verbrachte Kardinal Miloslav Vlk in Unfreiheit. In jungen Jahren erlebte er das deutsche Protektorat in Böhmen und Mähren, die Wiederherstellung des tschechoslowakischen Staates und dessen Selbstauslieferung an ein kommunistisches Regime. Er war Fabrikarbeiter und Soldat gewesen, bevor er an der Prager Karlsuniversität Geschichte studieren durfte, und mehr als 30 Jahre alt, als er die Genehmigung zum Studium der Theologie in Leitmeritz erhielt. In den sechziger Jahren lockerte das Regime vorübergehend die Zügel und ließ die Illusion entstehen, der Kommunismus könne zu einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ mutieren. Am 23. Juni 1968 wurde Miloslav Vlk zum Priester geweiht, zwei Monate später rollten die russischen Panzer über den Wenzelsplatz. Während der sowjetischen „Normalisierung“ war Vlk Sekretär des Bischofs von Budweis, dann Gemeindepfarrer, bis ihm 1978 die Erlaubnis zur Ausübung des Priesteramts entzogen wurde. Vlk spricht oft über die Zeit der Prüfung und über die Gnade, die er in ihr erfahren habe. In Prag reinigte er Fenster und Fassaden, spirituelle Kraft schöpfte er aus der Gemeinschaft der Fokolar-Bewegung. Öffentlich die Messe lesen durfte Vlk erst wieder am 1. Januar 1989, ein knappes Jahr vor dem Ende des kommunistischen Regimes. Die Probleme, die sich danach bei der Rekonstruktion eines geordneten kirchlichen Lebens ergaben, werden häufig unterschätzt. Zunächst füllten sich zwar die Kirchen, und manche sagten bereits eine Rekatholisierung Böhmens voraus. Aber so kam es nicht. Der von Johannes Paul II. nach der Wende zum Bischof von Budweis, 1991 zum Erzbischof von Prag ernannte und 1994 zum Kardinal erhobene Miloslav Vlk musste mit der Enttäuschung ebenso umzugehen lernen wie mit der Mentalität des Rückzugs der Gläubigen aus dem öffentlichen Leben. Nicht immer hatte der Kardinal eine glückliche Hand. Ein fruchtloser Streit um die Rückgabe des geraubten Kircheneigentums durch den Staat begleitete ihn zwanzig Jahre lang und riss in der tschechischen Gesellschaft alte Gräben wieder auf. Im April 2010 wurde Miloslav Vlk, der vierte von sechs tschechischen Kardinalen seit

1945, als Prager Erzbischof von Dominik Duka abgelöst. An diesem Donnerstag, zu Christi Himmelfahrt, wird Kardinal Vlk achtzig Jahre alt. (kps.)

### Rainer Blasius 60

Wer Rainer Blasius in der sogenannten Denkerflügel-Konferenz der politischen Redaktion die Brille putzen sah, weiß, dass der Mensch als solcher nicht zu fassen ist. Das gilt für den Menschen im Allgemeinen, aber eben auch im Besonderen. Blasius also, ausgegläserputzend, schweigend, von innerem Frieden erfüllt – und doch: Er säubert die Brille mit einem Seidentuch im Camouflage-Stil, also in Bundeswehr-Tarnfarben, und das erweist, auf zurückhaltendste Weise, die jährliche Kampfbereitschaft dieses Mannes, der seine Nahkampfausbildung einst bei den Straubinger Gebirgsjägern erhielt. Auch die Leser dieser Zeitung profitieren, wenn Blasius auf den Kriegspfad geht: zuletzt, als er Außenminister Westerwelle entgegengeratet, der, als Erbe Joschka Fischers, mit einer Ausarbeitung das Auswärtige Amt allzu tief und selbstgefällig in den NS-Sumpf tauchen wollte. Da kam Blasius freilich nicht nur sein kriegerischer Kern, sondern auch seine Expertise zugute – er war, bevor er Journalist wurde, wissenschaftlicher Leiter der Edition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“. Größere Sachkenner dieser Materie findet man kaum, und auch dabei ist Leidenschaft im Spiel. Wer je von Blasius mit dem letzten von ihm persönlich durchgeschliffenen Triple-Band beglückt wurde, wird weder das Leuchten in seinen Augen vergessen noch, wie schwer Bücher tatsächlich wiegen. Bücher sind es denn auch, die Blasius als zuständigen Redakteur für die „Politischen Bücher“ beschäftigt; unter seiner Obhut sind es mehrheitlich historische Bücher geworden. Er kann seine Herkunft aus der Historikerzunft nicht verleugnen, will es als Honorar-Professor auch gar nicht. Als Vortragender Legationsrat verließ Blasius das AA, als er im Frühjahr 2000 zu dieser Zeitung kam. Ein nachtragender Legationsrat ist aus ihm nicht geworden, obwohl er sich als Redakteur weiter mit dem Beamtenumfeld beschäftigt. Privat gelten seine Leidenschaften (neben dem Ninja-Kampfsport) der Musik und dem Theater, vor allem, wenn sie sich zusammen tun. An diesem Mittwoch wird Rainer Blasius sechzig Jahre alt. (V.Z.)

## „Verletzung der Schweigepflicht“

WARSAU, 15. Mai. Der Chef der Berliner Charité Karl Max Einhäupl protestiert dagegen, dass die ukrainischen Behörden im Internet ärztliche Unterlagen zur Behandlung der inhaftierten ukrainischen Oppositionsführerin Julija Timoschenko veröffentlicht haben. Das sei eine Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht, sagte er dieser Zeitung: „Das ist ein Gau.“ Der von der Charité zu Be-

handlung der Politikerin in die Ukraine entsandte Arzt Lutz Harms sagte ukrainischen Medien, diese Veröffentlichungen und die ständige Beobachtung im Krankenzimmer hätten dazu geführt, dass Frau Timoschenko am Dienstag die weitere Behandlung verweigert habe, nachdem sie zuvor nach Beendigung ihres dreiwöchigen Hungerstreiks Fortschritte gemacht habe. Meldungen staatlicher ukrainischer Medien, er fühle sich von Anhängern Frau Timoschenkos „terrorisiert“, bezeichnete Harms laut der Internetzeitung „Ukrainska Prawda“ als „vollständige Lüge“. Ein ukrainisches Gericht hat un-

## SPD-Troika will Wachstum mit Finanzsteuer erzwingen

Die Opposition hält ihre Zustimmung zum Fiskalpakkt offen

mas. BERLIN, 15. Mai. Die SPD hat ihr Pochen auf eine Ergänzung des Fiskalpakts zur Stärkung der Haushaltsdisziplin mit Maßnahmen zur Ankurbelung des Wachstums bekräftigt. „Investitionen in neues Wachstum dürfen nicht zu neuen Staatsschulden führen. Ihre Finanzierung kann vielmehr durch die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer abgesichert werden“, heißt es in einem Strategiepapier der drei potentiellen SPD-Kanzlerkandidaten Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück. Sie befinden: „Zu hohe Schulden bringen die Staaten in eine gefährliche Abhängigkeit von den Finanzmärkten und sind auf Dauer unsocial.“ Doch werde dauerhafter Schuldenabbau nur mit wirtschaftlicher Dynamik gelingen.

Konkret fordern die SPD-Politiker für Europa ein Programm gegen die Jugend Arbeitslosigkeit, die Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung der Spekulation, eine ökologische Industriepolitik und einen Aufbaufonds. Zudem sollte die Euro-

päische Investitionsbank privaten Unternehmen einen Teil des Risikos für große Infrastrukturprojekte durch Kredite und Garantien abnehmen. Wie die Wirtschaftsweisen plädieren die Sozialdemokraten für die Einrichtung eines europäischen Schuldentilgungsfonds. „Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern.“ Sie dürfe aber keine Einbahnstraße sein.

Die SPD-Troika vermied eine Festlegung, ob sie gegen den Fiskalpakkt im Bundestag stimmen wird, wenn diese Forderungen nicht erfüllt werden. Fraktionschef Steinmeier sagte nur, es sei „sehr anspruchsvoll“, davon auszugehen, dass der Fiskalpakkt und der dauerhafte Rettungsschirm ESM noch vor der Sommerpause beschlossen würden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier, warnte die SPD vor sachfremden Verknüpfungen. Es sei eine „gemeinsame staatspolitische Verantwortung“, dass die Ratifizierung des Fiskalpakts vor Ende Juni zustande komme.

## IG Metall droht mit Urabstimmung

Tarifverhandlung in heißer Phase / Weitere Warnstreiks

ja. BERLIN, 15. Mai. Der Tarifstreit in der Metall- und Elektroindustrie hat sich am Dienstag mit der fünften Gesprächsrunde im Land Baden-Württemberg fortgesetzt, in dem ein Pilot-Abchluss für die Branche als wahrscheinlich gilt. Bis spät in den Abend verhandelten Arbeitgeber und die Gewerkschaft IG Metall in Sindelfingen. Ein Sprecher der Gewerkschaft drohte damit, dass an diesem Mittwoch eine Urabstimmung über Streiks in der kommenden Woche einberufen werde. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe dauerten die Verhandlungen noch an.

Die Gewerkschaft fordert 6,5 Prozent mehr Lohn für die bundesweit rund 3,6 Millionen Beschäftigten, eine unbefristete Übernahme der Auszubildenden und mehr Mitbestimmung für Leiharbeiter. Besonders letztere Punkte, über die in Sindelfingen priorität und unter Beteiligung einer vermittelnden Expertenkommission gestritten werden sollte, lehnten die Arbeitgeber zunächst ab, da

sie darin einen Eingriff in ihre unternehmerische Freiheit sehen. Diese „Wir sind Herr im Hause“-Mentalität passe nicht mehr ins 21. Jahrhundert, sagte ein Gewerkschaftssprecher. Die Arbeitgeber hatten 3 Prozent mehr Lohn für 14 Monate geboten und waren auf die anderen Forderungen nicht eingegangen.

In Baden-Württemberg und in anderen Teilen Deutschlands begleiteten nach Gewerkschaftsangaben Warnstreiks die Verhandlungen. Rund 25 000 Beschäftigte aus mehr als 130 Unternehmen legten im Südwesten die Arbeit zeitweise nieder, in Wolfsburg waren dies allein bei Volkswagen rund 20 000 Beschäftigte. Betriebsratschef Bernd Osterloh schimpfte, VW gebe eine Jubel-Meldung nach der anderen heraus, und für die Belegschaft habe der Konzern nicht mal ein Angebot übrig. In Hannover soll am 25. Mai weiterverhandelt werden. In Osnabrück drohte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Michael Sommer mit unbefristeten Streiks.

## Arbeitsministerin will Mindestlohn durchpauken

Lohnuntergrenze in der Weiterbildung soll trotz Protesten vor der Sommerpause kommen

svs. FRANKFURT, 15. Mai. Die Bundesregierung will nach Informationen dieser Zeitung noch vor der Sommerpause einen Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche auf den Weg bringen. „Der Verordnungsentwurf befindet sich in der Ressortabstimmung“, bestätigte ein Sprecher des Bundesministeriums am Dienstag auf Anfrage. Demnach könnte sich das Kabinett schon auf seinen nächsten Treffen am 23. oder am 30. Mai auf eine entsprechende Lohnuntergrenze von 12,60 Euro in Westdeutschland und 11,25 Euro im Osten einigen. Im Falle eines positiven Votums könnte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) den Mindestlohn durch eine Verordnung auf der Grundlage des Arbeitnehmerent-

degesetzes festlegen. Es wäre der zwölfte und bislang höchste Branchenmindestlohn in Deutschland.

Allerdings muss sich das Kabinett vorher noch mit der heiklen Frage auseinandersetzen, ob der zugrunde liegende Mindestlohnantrag auch genügend Beschäftigte repräsentiert. Der Tarifvertrag zwischen den Mitgliedsunternehmen des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung (BBB) sowie der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi und der Erziehungsgewerkschaft GEW gilt für rund 11 000 Beschäftigte. Die Branche umfasst laut Arbeitsministerium rund 28 000, womit das erforderliche Quorum von 50 Prozent zwar nicht erreicht, aber in Sichtweite wäre. Das Bundesinstitut für Berufsbil-

## Durchhalteparolen zu Griechenland

Die Neuwahlen in Athen spalten Europa: Während Eurogruppenchef Juncker Nachverhandlungen am Hilfspaket nicht ausschließt, bleibt Finanzminister Schäuble hart.

wmu. BRÜSSEL, 15. Mai. Die Finanzminister des Euroraums bekennen sich vorläufig zu einem Verbleib Griechenlands im Euroraum und fordern Athen auf, an den Konditionen des internationalen Hilfs- und Reformprogramms vorbehalten festzuhalten. Trotz dieser generell einheitlichen Linie gibt es im Euroraum unterschiedliche Auffassungen, wie angesichts der Neuwahlen im Juni mit Athen weiter verfahren werden soll. Nach Auffassung des Chefs der Eurogruppe, des luxemburgischen Premierministers Jean-Claude Juncker, sind Überlegungen zu einem griechischen Austritt aus dem Euroraum „Unsinn“ und „Propaganda“. Juncker beschwor nach dem Treffen den „erschütterlichen Willen“ seiner Kollegen, dass Griechenland Mitglied der Währungsunion bleibe. Ihm gefalle es nicht, „wenn Griechenland tagtäglich bedroht wird – so geht man mit Kollegen, Partnern und Freunden der Europäischen Union nicht um“, sagte er. Keiner seiner Kollegen habe in Richtung eines griechischen Austritts argumentiert.

Der Luxemburger betonte zwar, dass Griechenland an das im Februar mit den EU-Institutionen und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbarte Hilfs- und Reformprogramm gebunden sei. Er fügte aber hinzu, eine „voll funktionsfähige“ Regierung könne gegebenenfalls über veränderte Konditionen des Programms verhandeln. Wenn es „dramatische Veränderungen“ der Umstände gäbe, werde sich die Eurogruppe einer „Debatte über eine Verlängerung der Fristen“ für die Senkung des griechischen Staatsdefizits nicht verschließen. Juncker ließ offen, ob er damit den weiter ungebremsten Einbruch der griechischen Wirtschaft meint. Das griechische Bruttoinlandsprodukt ist nach Angaben des EU-Statistikamts Eurostat im 1. Quartal 2012 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6,2 Prozent geschrumpft.

Andere Europolitiker folgten Junckers Andeutung einer Fristverlängerung nicht. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) schloss eine Nachverhandlung der



Auf Sparkurs: Wolfgang Schäuble schließt Zugeständnisse aus.

Foto Bloomberg

## Kein Kandidat

Die EU hat keinen gemeinsamen Kandidaten für das Präsidentenamt der Osteuropabank (EBRD). Die EU-Finanzminister haben sich auf ihrem Treffen am Dienstag in Brüssel nicht auf einen von allen 27 Staaten unterstützten Namen verständigen können. Damit gehen auf der EBRD-Jahrestagung an diesem Freitag und Samstag in London fünf Kandidaten ins Rennen. Neben dem bisherigen Amtsinhaber, dem Deutschen Thomas Mirow, sind dies der französische Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank, Philippe de Fontaine Vive, der britische Justizstaatssekretär Suma Chakrabarti, der frühere polnische Ministerpräsident Jan-Krzysztof Bielecki und der frühere stellvertretende serbische Ministerpräsident Bozidar Djelic.

Programmkonditionen ausdrücklich aus. Das Programm sei „nicht verhandelbar“, sagte er. Die Probleme des Landes rührten nicht daher, dass zu viel gespart worden sei. „Die Menschen in Griechenland müssen wissen, dass das, was wir für Griechenland vereinbart und auf den Weg gebracht haben, eine ganz außergewöhnliche Anstrengung ist“. Mit Blick auf die Neuwahlen erinnerte der Minister daran, dass es Parteien gebe, die sich zu dem Programm bekennen, und solche, die es ablehnten. Dem griechischen Volk müsse klar sein, dass die Wahl zwischen diesen Parteien auch eine Wahl über den griechischen Verbleib im Euroraum darstelle. Zugleich unterstützte Schäuble aber Junckers Aussage, niemand wolle, dass Griechenland aus der Währungsunion ausscheide.

EU-Währungskommissar Olli Rehn schloss wie Schäuble Änderungen am Hilfsprogramm aus. Beide Seiten, Griechenland wie die anderen 16 Eurostaaten, müssten ihre Verpflichtungen strikt einhalten. „Die Zukunft Griechenlands und der Wohlstand seiner Bürger hängt mehr denn je vom Verantwortungsbewusstsein seiner Politiker ab“, sagte Rehn.

## Berliner Flughafen nicht vor Oktober offen

enn. BERLIN, 15. Mai. Nach der Absage der Eröffnung des neuen Flughafens Berlin Brandenburg International (BBI) am 3. Juni erscheint mittlerweile selbst eine Inbetriebnahme Ende Oktober ungewiss. Unter Projektbeteiligten wird erwogen, den Willy-Brandt-Flughafen erst Ende März 2013 freizugeben, um nicht die Blamage einer abermaligen Verschiebung zu riskieren. Dies war am Dienstag in Berlin zu hören. Eine Eröffnung noch im August, wie sie die Regierungschefs von Berlin und Brandenburg, Klaus Wowereit und Matthias Platzeck, zunächst gefordert hatten, erscheint damit utopisch. Die Flughafengesellschaft hatte in der vergangenen Woche angekündigt, diese Woche einen neuen Termin bekanntzugeben zu wollen. Am Montag wurde die Öffentlichkeit auf diesen Mittwoch vertrieben, an dem die Flughafengesellschaft und ihr Aufsichtsrat tagen wollen. Angesichts der Probleme am Bau würden nun zwei Optionen geprüft: eine Eröffnung am letzten Oktober-Wochenende, wenn der Sommer durch den Winterflugplan ersetzt wird, oder erst ein halbes Jahr später, um die Gefahren des Winterwetters zu umgehen.

## Klimakonferenz soll Abkommen vorbereiten

BONN, 15. Mai (dpa). Auf einer zweiwöchigen UN-Klimakonferenz in Bonn wollen Delegierte aus aller Welt über den weiteren globalen Klimaschutz verhandeln. Angestrebt wird bis 2015 eine Vereinbarung über einen neuen, umfassenden Weltklimavertrag. Dazu startet in Bonn nach den Vorgaben des vergangenen UN-Gipfels von Durban (Südafrika) der neue Verhandlungsprozess. Von größerer Dringlichkeit auf der am Montag begonnene Arbeitskonferenz ist ein Nachfolgeabkommen des Ende 2012 auslaufenden Kyoto-Protokolls, bei dem jedoch nur ein Teil der Länder mitmachen werden. Dazu sollen für den nächsten Klimagipfel in Katar (November/Dezember) die Weichen gestellt werden. Auf dem turbulenten Gipfel in Durban war beschlossen worden, das Kyoto-Protokoll in Qatar zu verlängern.

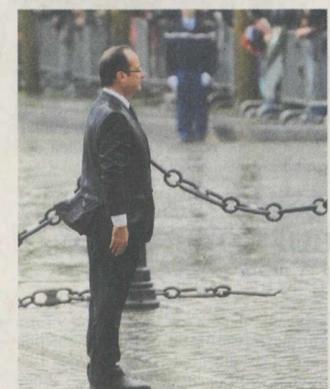
## Dunkle Wolken über Holland

Frankreichs Wirtschaft stagniert / Der neue Präsident muss sparen

chs. PARIS, 15. Mai. Die dunklen Wolken über dem Pariser Triumphbogen hatten am gestrigen Dienstag auch wirtschaftlichen Symbolgehalt. Am Tag der Amtseinführung, die François Hollande auf den Champs-Élysées im Regen zu absolvieren hatte, gab das französische Statistikkamt Insee die Stagnation der Wirtschaftstätigkeit im ersten Quartal 2012 bekannt. Zu den null Prozent Wachstum kam hinzu, dass Insee die Steigerung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) im vierten Quartal 2011 von 0,2 auf 0,1 Prozent revidierte. „Frankreich flirtet mit der Rezessionsgrenze, ohne sie bisher aber zu überschreiten“, sagte Bruno Cavalier, Analyst bei Oddo Securities. Seit dem starken ersten Quartal 2011 kommt die französische Wirtschaft kaum über ein Miniwachstum hinaus.

Der Konsum der Franzosen – sonst ein Pfeiler des Wachstums – ist im ersten Quartal 2012 abermals schwach ausgefallen. Die Investitionen, die Ende vergangenen Jahres noch stiegen, sinken jetzt wieder, und das Wachstum der Ausfuhren hat sich deutlich abgeschwächt, so dass der Außenhandel angesichts der erhöhten Importe das Wirtschaftswachstum gebremst hat. Das notorisch schwache verarbeitende Gewerbe, das Hollande stärken will, hat seine Produktion im ersten Quartal zurückgefahren, nicht zuletzt, weil die Autonachfrage erheblich sank. Allein die Energieproduktion nahm deutlich zu.

So steht der neue Präsident Frankreichs vor großen Herausforderungen. Seine Wahlkampf-Prognose sieht für dieses Jahr eine Wachstumsrate von 0,5 Prozent vor. „Angesichts der Risiken im zweiten Quartal könnte dies zu optimistisch sein“, meint Analyst Cavalier. Die EU-Kommission teilt die Schätzung Hollands für 2012, hält für das kommende Jahr aber nur 1,3 Prozent Wachstum für mög-



Im Regen: François Hollande Foto Getty

lich – 0,4 Prozentpunkte weniger als der neue Hausherr im Elysée-Palast. Daher bezeichnet die Kommission auch Hollands Prognose einer wesentlichen Senkung der Neuverschuldung im kommenden Jahr als unrealistisch, solange der Präsident nicht neue Sparmaßnahmen verkündet. Hollande will das Defizit von mutmaßlichen 4,5 Prozent in diesem Jahr auf 3 Prozent 2013 drücken. Die EU-Kommission rechnet dagegen mit einer Neuverschuldung von 4,2 Prozent. Das hieße, dass Frankreich zusätzlich rund 25 Milliarden Euro durch staatliche Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen aufbringen müsste, um das 3-Prozent-Ziel zu erreichen.

Dass Hollande den Schwerpunkt auf höhere Steuern legt, hat er im Wahlkampf mehrfach betont. Von Anfang Juli an, wenn die noch zu wählende Assemblée Nationale zum ersten Mal tagt, sollen Steuererhöhungen im Umfang von 29

Milliarden Euro festgelegt werden. Sie betreffen vor allem große Unternehmen und wohlhabende Franzosen, könnten im Fall von schwachem Wirtschaftswachstum und geringen Ausgabenkürzungen jedoch auch die Mittelschicht treffen. Dies aber würde die Wirtschaftstätigkeit weiter belasten. Schon unter Nicolas Sarkozy wurde die Steuerlast 2011 um 11 Milliarden Euro und 2012 um 16 Milliarden Euro erhöht.

Es bleibt also vor allem der Weg staatlicher Ausgabenkürzungen, auch wenn dieser ebenfalls Bremsen im Wachstum hinterlässt. Bisher hat Hollande nur vage angekündigt, dass die Zunahme der Staatsausgaben jährlich auf ein Prozent begrenzt werde. Weil das Wirtschaftswachstum vom nächsten Jahr an höher liege, komme angeblich zusätzliches Geld in den Staatsäckel, meint er. Doch das sieht nun weniger wahrscheinlich aus. „Wir erwarten, dass die französische Regierung bald ihre Maßnahmen für 2013 präzisiert“, mahnte in dieser Woche der EU-Kommissar Olli Rehn.

Eine gute Nachricht brachte Insee am Dienstag allerdings: Nachdem im zweiten Halbjahr 2011 mehr als 54 000 Arbeitsplätze vernichtet wurden, hat die Wirtschaft im ersten Quartal wieder gut 10 000 neue Stellen geschaffen. Die Arbeitslosenquote verharrt allerdings bei 9,7 Prozent. So bleibt das Statistikkamt skeptisch und hält seine Prognose einer Vernichtung von 61 000 Arbeitsplätzen im ersten Halbjahr 2012 vorerst aufrecht. Die von den Arbeitsämtern kürzlich befragten Unternehmen haben angegeben, dass sie in diesem Jahr insgesamt 1,6 Millionen neue Beschäftigte einstellen wollen. Doch gleichzeitig kommt es weiter zu umfangreichem Arbeitsplatzabbau. Weil etliche große Unternehmen ihre Sozialpläne während des Wahlkampfes zurückgehalten haben, könnte nun eine Entlassungswelle drohen.



„Meine Investition. Meine Entscheidung. Mein Erfolg.“

Sie wollen Ihr Unternehmen fit für die Zukunft machen. Gut, wenn Sie dabei einen Partner haben, der Investitionen erleichtert. Die Deutsche Leasing kann dieser Partner für Sie sein. Ganz gleich, für welches Objekt. Ganz gleich, ob Sie selbst investieren möchten oder Lösungen für Ihre Kunden wünschen. Ganz gleich, ob in Deutschland oder weltweit. Dabei bietet Ihnen die Deutsche Leasing höchste Seriosität und Zuverlässigkeit – und damit das gute Gefühl, die richtige Entscheidung getroffen zu haben. Für die Zukunft und den Erfolg Ihres Unternehmens.

www.deutsche-leasing.com



Deutsche Leasing